

Original-
Wetter
in eines
mit in
Repara-
erledigt.
Zage des
er dafür
fähigkeit
und die
umst. er-
Babf ge-
man es
in Zweck
eben ist.
dem Ge-
sonders
möglich
a belon-
h Rebu-
ans der
er Zah-
inbuhrie
unver-
abigkeit
wirdet,
wirdlich
s. seine
en.
U m g.
Land",
Anre-
g des
er, Ge-
Rauve.
Ref.:
hr im
h e.
ff
egefad
nd, P.
assum,
assum,
umbr.,
age R.
Bohe
ord-
illich-
Baf-
nu
ie 5.
ain).
rau",
Steg-
in-
schft,
a u.
adp
Tau-
Fa-
bach,
Rom-
17
ntz.
g
Deu.
a u.
am
Sa-
-D.
Ab-
den
ng-
sch
und
e f.
rt,
Be-
I.
ng:
I.
nt:
er).

Die Gartenbauwirtschaft

Der berufständische Wirtschaftszweig des Berufsstandes der Gärtnerei

Dieser Nummer liegt bei:
„Aus dem Blumen- und Zierpflanzenbau“

HERAUSGEBER: REICHSV ERBAND DES DEUTSCHEN GARTENBAUES EV. BERLIN NW 40 • VERLAG: GÄRTNERISCHE VERLAGS-ANSTALT M. B. H. BERLIN NW 40

Nr. 7 • Jahrgang 1933

50. Jahrgang der „Berliner Gärtner-Börse“

Berlin, 16. Februar 1933

Kurzberichte

Die Frist zur Abgabe der Einkommensteuererklärung ist bis zum 15. März 1933 verlängert.

Die Verhandlungen zwischen Reichsverband des deutschen Gartenbaus e. V. und der Konserndindustrie betreffend Abnahmepreise für Konservenge in die beginnen am 15. 2. 1933. Ueber das Ergebnis wird in der nächsten Nummer der „Gartenbauwirtschaft“ berichtet.

Bei den kürzlich fortgeführten Verhandlungen, die zwischen Deutschland und Oesterreich in Wien stattfanden, war der Reichsverband des deutschen Gartenbaus e. V. durch Delegiertenat Koner-Damberg und Dr. Seidel-Berlin (Hauptgeschäftsführer) vertreten, um die Interessen des deutschen Gartenbaus wahrzunehmen.

Das französische Parlament hat beschlossen, einen Steuerzuschlag auf die Waren vorzunehmen, die nur in bestimmten Kontingenten aus dem Ausland nach Frankreich eingeführt werden sollen. Man erwartet hieraus eine Einnahme von 200 Millionen Franken.

Damit wird naturgemäß die Einfuhr nach Frankreich über die Kontingentierung hinaus noch mehr eingeschränkt. Und Deutschland?

Der Staatssekretär für Ernährung und Landwirtschaft, von Kahr, führte vor wenigen Tagen auf einer Tagung der niederrheinischen Landwirte aus, daß man die Agrarpolitik nicht als Ganzes betrachtet habe. Die Hilfe im Schutz der Berechnungswirtschaft müsse zunächst geschlossen werden. Leider bestanden Meinungen darüber, daß von den alten Regierungen der zweiseitigen Bindungen gegenüber dem Ausland beständen.

Der Staatssekretär erklärte ferner, daß in Deutschland vom Export nicht, wie Minister Warmbold behauptet habe, ein Sechstel, sondern nur ein Fünftel des deutschen Volkes lebe. Die notwendige Einfuhr betrage 4 1/2 Milliarden, so daß der notwendige Export kaum mehr als 5 1/2 Milliarden auszumachen brauche. Diese Exportsumme sei aber nicht gefährdet, wenn man vorzüglich der Landwirtschaft Schutz gewähre.

Im französischen Parlament ist ein Gesetzesvorschlag eingebracht, nach dem die Zölle für Erbsen in Körnern auf 90 Franken (Generalitarif) bzw. 90 Franken (Minimaltarif) und für geschälte, zerhackene oder gedrochene Erbsen auf 140 bzw. 70 Franken je 100 kg heraufgesetzt werden soll. Das bedeutet für Körnererbsen im Minimaltarif eine Verdoppelung, für geschälte Erbsen mehr als das Vierfache. — Und Deutschland?

Ent Veröffentlichung des französischen Landwirtschaftsministeriums vom 8. 2. 1933 findet das durch Verordnung vom 18. 1. 1932 erlassene pflanzenpolizeiliche Einfuhrverbot auf die Einfuhr und Durchfuhr von Neerrettlich deutschen Ursprungs und deutscher Herkunft keine Anwendung mehr.

Bei der Tagung des Provinzialverbandes märkischer Obst- und Gartenbauvereine wurde bekanntgegeben, daß im Landkreis vom 50 km um Berlin über 93 000 Nebenerwerbsbetriebe vorhanden seien, die mehr oder weniger für ihre Erzeugnisse im Wettbewerb mit dem Erwerbsgartenbau Absatz suchen.

Zur Fortsetzung der vorstädtischen Kleinfielung im Jahre 1933 waren zunächst 10 Millionen Mark etatsmäßig bereitgestellt worden. Inzwischen sind weitere 40 Millionen Mark bewilligt im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms, womit 15 000 Kleinereignisse errichtet werden sollen.

Da die Saatpreise einen unerträglichen Tiefstand erreicht haben, fordert die inzwischen formierte Terra A. G. für Sommerzucht Anbau einschränkung und Kontingentierung der Gemüsesaateinfuhr.

Im Jahre 1932 sind insgesamt 9000 Siedlerstellen geschaffen, davon 7007 in Preußen. Die Durchschnittsgröße der Siedlerstelle betrug 1932 = 11,1 ha gegenüber 10,6 ha im Jahre 1931. Die kleinsten Stellen unter 2 ha, die 1931 noch 13,4 % der Gesamtzahl ausmachten, betragen 1932 nur noch 5 %.

Bei einer Tomatenzüchter-Versammlung, die kürzlich in Bohenheim (Pfalz) stattfand, wurde bekanntgegeben, daß bei einem Gesamtumsatz von 24 150 000.— für Tomaten nur ein Durchschnittspreis von 3,5 Pfennig je Pfund erzielt wurde!

Wir und die neue Regierung

Der Gartenbau meldet erneut seine Forderungen an

Wie wir bereits im Kurzbericht der letzten Nummer der „Gartenbauwirtschaft“ mitteilten, fand am 8. Februar eine erste Fühlungnahme des Reichsverbandes mit der neuen Reichsregierung statt. Der Herr Reichsminister für Wirtschaft und Ernährung Eugen Berg emding in Gegenwart des neuen Herrn Staatssekretärs von Kahr und des Herrn Ministerialdirektors Streil unsern Präsidenten Berner, der von Prof. Dr. Ebert und Dr. Seidel begleitet war.

Wenn schon so kurze Zeit nach der Umformung dieses Ministeriums ein Empfang berufständischer Organisationen stattfand, so ist es selbstverständlich, daß es sich bei dieser ersten kurzen Aussprache nur um einige grundlegende Fragen handeln konnte, die als besonders dringlich anzusehen sind. Ebenso selbstverständlich ist, daß man von dieser Aussprache, deren Aufgabe es war, die erste Fühlungnahme herzustellen, noch nicht entscheidende Entschlüsse erwarten kann. Die Aussprache ließ aber erkennen, daß bei den maßgebenden Stellen der Wille besteht, auch den Gartenbau zu seinem Recht kommen zu lassen.

In der Aussprache wurden die bekannten handelspolitischen Forderungen des Berufsstandes vortragen, ferner beschleunigte Maßnahmen zum Schutz der etwa aus der Osthilfe auscheidenden Betriebe erbeten und Fragen der Konkurrenz der öffentlichen Hand behandelt. Dr. E.

Lösung einiger Zollbindungen

Der Reichsverband hat nach Abschluß der Handelsverträge gefordert, daß die in diesen Handelsverträgen eingegangenen äußerst niedrigen Zollbindungen baldmöglichst gelöst werden.

Die Reichsregierung hat nunmehr die in dem kürzlich abgeschlossenen Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag vereinbarte Räumigungsmöglichkeit für nachstehende Gartenbauerzeugnisse ausgenutzt. Die Zahlen bedeuten die dadurch je dz in Kraft tretenden Zölle; die bisherigen sind in Klammern gesetzt.

Kartoffel und Wirsingholz vom 1. Januar bis 31. Mai 4 (2), vom 1. Juni bis 31. Dezember 4 (3), Kohlenholz vom 1. Januar bis 31. Mai 20 (5), vom 1. Juni bis 30. November 20 (10), Zwiebeln 4 (1), Korbjohannisbeeren 10 (7), unreife Speisebohnen, Erbsen und Karotten 10 (10), Blumenzwiebeln, Knollen und Bulben 30 (20), Himbeeren, Johannisbeeren, Stachelbeeren frisch 5 (5).

Der Reichsverband vertritt die Forderung, daß sämtliche noch bestehenden handelsvertraglichen Bindungen baldmöglichst gelöst werden und daß die dann wieder in Kraft getretenen autonomen Zölle des Jahres 1925 in einer dem augenblicklichen Stande der heimischen Erzeugung angepaßten Höhe verändert werden. Dr. S.

Vollstreckungsschutz

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung vom 14. d. Mts. beschlossen, für landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe einen für das gesamte Reich geltenden erweiterten Vollstreckungsschutz durchzuführen. Einzelheiten dieses Gesetzes, das zunächst bis zum 31. 10. d. Js. in Kraft bleiben soll, werden noch in dieser Woche von der Reichsregierung veröffentlicht werden. Dr. S.

Gartenbau und Auslandskonkurrenz

Innere Zusammenhänge ihrer Entwicklung

Die Entwicklung der Gartenbaubetriebe ist ohne Zweifel, wie alle wirtschaftlichen Unternehmungen, an die Gesamtentwicklung der deutschen Wirtschaft gebunden gewesen. Dies gilt besonders bei denjenigen Zweigen des Berufs, die in erster Linie absolut notwendige Lebensgüter erzeugen, wie der Obst- und Gemüsebau, und die von ihm abhängigen Nebenbetriebe, Samenbau, Pflanzschulden und Gemüsesäen und Obstverwertung. Für den Blumen- und Tierpflanzenbau sowie die Gartengeräteherstellung kommt aber neben der allgemeinen Wirtschaftsgesamtheit noch die Entwicklung eines gewissen Kulturbedürfnisses hinzu.

Günstige gartenbauliche Wirtschaftsbedingungen, also Klima und Boden, treten als Anreiz für die Entwicklung im deutschen Gartenbau aber vielmehr zurück, als die alles beherrschende Frage des Absatzes. Die meist leicht verderbliche Erzeugung muß nahen Absatz haben. Ein aufnehmbarer, leicht erreichbarer Markt, also Städte und Industriezentren, die durchaus nicht immer günstige klimatische Bedingungen zeigen, sind erste Grundbedingung. Dies gilt besonders für den sog. Topfplantagenbetrieb, der mit Hilfe seiner Produktionstechnik, Gewächshäuser usw., die klimatischen Einflüsse am weitesten regeln kann. Obst- und Gemüsebau verlangt schon viel mehr die für ihn günstigsten Produktionsbedingungen aufzusuchen, da seine Erzeugnisse besser den Transport überleben können.

Wie sehr der Einfluß der Städte auf die Entwicklung des Blumen- und Tierpflanzenbaus gewirkt ist, zeigt die Lage der Gärtnereien in der Rheinprovinz. Die meisten Gärtnereien, nämlich über 120, finden wir im Ruhrgebiet, Krefeld, W. Gladbach, Düsseldorf und Köln. Um diese Gebiete zieht sich, ohne Zweifel noch durch sie beeinflusst, der zweite Gürtel mit 100—120 Betrieben, das Bergische Land und die Gegend um Bonn. In größerem Abstand folgt dann der Niederrhein mit etwa 50—80 Gärtnereien. Ein eigenes Zentrum bildet Aachen, Koblenz, Trier, Kreuznach mit 50 bis 80 Betrieben. (Bei der Föhlung wurden nur anerkannte Lehrbetriebe berücksichtigt.)

Diese enge Entwicklungsabhängigkeit vom Absatz finden wir bei unsern Konkurrenzländern, Holland, Belgien und Italien nicht. Hier ist der Gartenbau andre Wege gegangen und hat sich in der Hauptsache in Gegenden angesiedelt, die für ihn die günstigsten Produktionsbedingungen gaben: Kalsmeer, Geni, Riviera und Ligurien. Der billigen Produktion in diesen Anbaugebieten steht nur der teure Absatz entgegen. In weitaus höherer Weise hat es aber der Holländer verstanden, durch Samm-

So geht es nicht!

Der Regierungswechsel und die Tatsache, daß bereits als erste Maßnahme zur Sicherung der Landwirtschaft für das Gebiet der Viehwirtschaft Zollmaßnahmen durchgeführt worden sind, läßt die Hoffnung stärker werden, daß sich die neue Regierung mit allem Nachdruck für die Gesamtlandwirtschaft einsetzen wird. In dieser Annahme liegt um so mehr Grund vor, als sich sowohl der Reichskanzler als auch der Reichsminister für Wirtschaft und Ernährung früher als Führer ihrer Parteien nachdrücklich zu dem Grundsatz bekannnten, daß die Gesamtlandwirtschaft das Rückgrat jeder Staatswirtschaft abgibt. Wir betonen ausdrücklich „Gesamt“ landwirtschaft, denn zu ihr gehört als in sich selbständiger Zweig auch der Gartenbau, der noch viel stärker mit der Landwirtschaft (im engeren Sinn) verzahnt ist als z. B. der Weinbau.

Man kann der Gesamtlandwirtschaft entscheidend nur helfen, worauf neben dem Deutschen Landwirtschaftsrat und den großen landwirtschaftlichen Spitzenverbänden auch der Reichsverband des deutschen Gartenbaues stets hingewiesen hat, wenn man die Dinge, um die es geht, in ihrer Totalität betrachtet und System in die Arbeit bringt, damit nicht eine Maßnahme, die einem Teil zugute kommt, gleichzeitig den andern schädigt. Ein typisches Beispiel, wie es nicht geht, ist die Lösung der Jüderbewirtschaftungsfrage, bei der man den Jüderüberanbau kontingentiert, ohne zu prüfen, was hieraus für Folgen in anderer Richtung entstehen. Man vergaß, der Landwirtschaft zu sagen, was sie auf den freiwerdenden Flächen mit Erfolg anbauen könne. Weil so vielen „Veraltern“ der Blick für das Totale der Zusammenhänge fehlte, rieten sie der Kleinlandwirtschaft, zum Gemüsebau überzugehen, denn die harte Einfuhr an Gemüse zeige, daß Bedarf vorhanden sei. Der Erfolg dieser „Beratung“ waren fürchterliche Schaden schläge für die, die dem Rat folgten und mitgeschädigt wurde der alte bereits vorhandene Freilandgemüsebau, der mit dem so künstlich übersteigerten Angebot, zu dem noch die Auslandsmassen kamen, rentable Absatzmöglichkeiten verlor.

Einen wesentlichen Teil der Schuld muß aber die Regierung übernehmen, denn sie hätte sich sagen müssen (und sie wurde gewarnt!), daß für viele Kleinlandwirte nur noch das Ausweichen zum Nachfrüchte liefernden Gemüsebau übrig blieb. Sie hätte mithin Vorseorge treffen müssen, daß der Markt für das so zu erwartende Mehrangebot geöffnet blieb. Sie hätte also, was in ihrer Hand lag, zum mindesten die Auslandszufuhr abdämmen müssen, wie sie es, leider zu spät und unzureichend, bei der Frühkartoffelzufuhr tat. Sie erschrak vor der eigenen Courage und blieb schon auf dem ersten Viertel ihres Weges stehen. So geht es also nicht. Wenn man das Unkraut Brennessel austrotten will, dann darf man nicht zaghaft einen Wlitzspieß ansetzen und ihn, wenn es brennt, wieder loslassen, sondern muß mit fester willensstarker Hand schnell und entschlossen den ganzen Busch paden, denn dann brennt er nicht mehr!

Auch beim Gartenbau selbst muß man das Totale sehen, und wir hoffen, daß die neue Regierung diesen Grundgedanken anerkennt. So geht es nicht, daß man z. B. die Frage des Tomatenzollens nur unter dem Gesichtspunkt der Tomatenanbaumöglichkeit betrachtet. Der Gartenbau erzeugt ja nicht nur Tomaten. Die Auswahl unter andern Gemüsen, die der Gartenbau auch im Winter aus heimischer Scholle zu liefern vermag, ist groß genug, und das in Konserven eingelangene Sommergemüse sucht ebenfalls im Winter seine Abnehmer. Niemand wird zu behaupten wagen, daß Tomaten im Winter ein „Volksnahrungsmittel“ seien. Wenn aber gewisse Kreise durchaus Tomaten haben wollen, dann können sie auch entsprechend hohe Preise zahlen, in die ein höherer Zoll eingeschlossen ist. Und steigen die Tomaten- und Gurkenpreise im Winter, dann findet auch der deutsche Gemüsegärtner Möglichkeiten, diesen Bedarf zu decken und seine Kultureinrichtungen auch hierfür stärker nutzbar zu machen, statt, wie es jetzt vielfach geschieht, für den Winter Blumenkulturen einzuschleppen, mit deren Ertrag er zwangsläufig dem Blumengärtner den Markt verengt.

Wir Gartenbauer sind nicht so stur, daß wir nur an das einzelne denken. Wir wissen, daß es in unserm Interesse liegt, daß die Verbraucherschaft dem Obstgenuss tren bleibt und daß daher bei festliegenden Auslandsware her-